

**Volkswirtschaftslehre.** Auch auf dem Geldmarkt gibt es Angebot und Nachfrage. Eine Gruppe der Uni Klagenfurt untersucht, was eine stabile Geldnachfrage in Volkswirtschaften ausmacht.

## Der Geldmarkt in unsicheren Zeiten

VON MICHEL MEHLE

Von Voltaire stammt der Ausspruch: „Zweifel ist keine angenehme Voraussetzung, aber Gewissheit ist eine absurde.“ In der Wirtschaftswelt ist angesichts der großen Unsicherheiten und multiplen Krisen der Zweifel derzeit Voraussetzung für viele Nachrichten, die wir über steigende Preise, zögerliche Maßnahmen und eine ungewisse Zukunft lesen. Es ist der Zweifel, der Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, auf der Konferenz The ECB and It's Watchers im März Voltaire zitieren lässt. Oder, um es mit ihren eigenen Worten zu sagen: „Wir stehen vor neuen und sich überlagernden Schocks. Deshalb bleibt uns heute nichts anderes übrig, als uns der Unsicherheit zu stellen.“

### Inflation niedrig halten

Ungeachtet der Unsicherheiten und Zweifel ist es die Aufgabe von Notenbanken in der Eurozone, die Inflationsrate bei oder zumindest in der Nähe von zwei Prozent pro Jahr zu halten. Diese, als stabil angesehene Inflationsrate wird seitens der Notenbanken als wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung gesehen. Aber: „Seit sicher 15 bis 20 Jahren haben sich die Anzeichen gemehrt, dass manche ökonomische Beziehungen nicht mehr so gelten wie früher“, sagt Martin Wagner. Er ist Professor für Makroökonomik und quantitative Wirtschaftsforschung am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Klagenfurt sowie leitender wirtschaftlicher Berater der slowenischen Notenbank, an welcher er früher als Chefökonom und Exekutivdirektor tätig war.

„Es scheint so zu sein, dass sich manche ökonomischen Mechanismen verändert haben oder jetzt sogar andere Mechanismen wirken. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass einige makroökonomische Beziehungen, auf die man sich früher ‚verlassen konnte‘, nicht zwingend Bestand haben“, so Wagner. Sprich: Die Beschreibung der ökonomischen „Gesetzmaßig-



Geld abheben oder nicht? Die Antwort auf diese Frage hängt von vielem ab. [Stanislav Kogiku]

keiten“ ist nicht letztgültig. Die Welt verändert sich, die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Daher sei man stetig dabei, ökonomische Beziehungen zu überprüfen und anzupassen.

Ein Beispiel dafür ist die Auswirkung der Digitalisierung auf die Inflationsrate: „Das Internet hat zu größerer Transparenz und damit zu mehr Wettbewerb geführt, was inflationsdämpfend wirken kann. Zum anderen hat die Digitalisierung aber fast schon – das ist hier bitte nicht buchstäblich verstehen – zu monopolartigen Tendenzen mit großen Playern geführt, siehe Google oder Amazon. Das

### LEXIKON

**Die Geldnachfrage** ist eine wichtige Größe für Notenbanken. Sie beschreibt die Menge an Geld, die Menschen und Unternehmen benötigen, um Transaktionen durchzuführen, und hängt von verschiedenen Faktoren ab (Einkommen, Zinssätze, Inflation).

**Wenn Einkommen steigt**, wird mehr Geld „nachgefragt“. Wenn dagegen Zinssätze steigen, sinkt die Geldnachfrage, da es nun attraktiver ist, einen größeren Vermögensteil zinsbringend anzulegen. Für Notenbanken ist es wichtig, die Geldnachfrage zu kennen, um die Geldmenge steuern zu können.

kann preissteigernd wirken.“ Die Frage ist nun: In welchem Ausmaß und in welcher Form wirkt die Digitalisierung wirklich auf relevante makroökonomische Beziehungen ein? Ähnliche Fragen stellen sich etwa für Effekte der Globalisierung, des Arbeitsmarkts oder im Zusammenhang mit dem Klimawandel.

Ein aktuelles Forschungsprojekt des Ökonomen Wagner beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit der Validität einer wichtigen makroökonomischen Beziehung – der Geldnachfrage. Dieses Projekt, gefördert durch den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, versucht zu verstehen, warum und wie sich die Geldnachfragefunktion in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verändert hat: „Ein gutes Verständnis der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Geld in einer Volkswirtschaft ist wichtig, um die Effekte von Notenbankmaßnahmen abschätzen zu können.“

### Modelle weiter verbessern

Das Forschungsprojekt hat zwei verwobene Ziele: „Wir sind einerseits dabei, eine breite Datenbasis zu erstellen. Sie soll helfen, die Geldnachfrage in der aktuellen Zeit wie auch für einen längeren Zeitraum und für verschiedene Länder besser zu verstehen, und soll möglichst viele potenziell relevante Variablen enthalten“, schildert Wagner. Diese „historische“ Forschung soll zu einem besseren Verständnis der Geldnachfrage und ihrer Veränderungen im Lauf der Jahre beitragen.

Die zweite Schiene des Projekts widmet sich der Entwicklung geeigneter Verfahren, mit denen die Forscher anhand ihrer Datenbasis überprüfen wollen, welche Variablen die Geldnachfrage nun tatsächlich beeinflussen und ob und wie sich diese Einflüsse über die Zeit geändert haben: „Im günstigsten Fall mit einer ökonomischen Erklärung, warum es zu diesen Änderungen gekommen ist“, sagt Wagner. Dadurch könnten bestehende Modelle der Geldnachfrage verbessert werden. Zumindest, bis sich die Welt irgendwann wieder verändert.

## Strafen: Wie lang dauert „lebenslang“?

Die durchschnittliche Haftdauer liegt bei 21 Jahren.

„Lebenslang“ bedeutet in Österreich selten, bis zum Tod hinter Gittern sein zu müssen. 20 Jahre nach Strafantritt sind noch 56 Prozent der Verurteilten in Haft, bis zum 30. Strafbjahr sind es noch 17 Prozent. Die durchschnittliche Haftdauer liegt bei 21 Jahren. Das zeigen Forschende der Johannes-Kepler-Uni Linz in einer aktuellen Studie.

„Von Gesetzes wegen bedeutet eine lebenslange Freiheitsstrafe nicht zwingend, bis zum Tode inhaftiert zu sein. Ab einer Verbüßungsdauer von 15 Jahren ist eine bedingte Entlassung möglich“, erklärt Alois Birklbauer vom Institut für Strafrechtswissenschaften. Dann muss die Behörde prüfen, ob Gefangene entlassen werden. Später können sie Anträge auf bedingte Entlassung stellen. Wird das genehmigt, folgen eine Probezeit von zehn Jahren und eventuell Auflagen wie Alkoholverbot oder eine Psychotherapie.

### Männer morden am meisten

Birklbauer analysierte gemeinsam mit Helmut Hirtenlehner vom Institut für Procedural Justice 700 gerichtliche Entscheidungen zu 140 Verurteilten. 96 Prozent der lebenslangen Freiheitsstrafen betrafen Männer – zu 99 Prozent saßen sie wegen Mordes hinter Gittern. Die geringsten Entlassungschancen hatten wegen eines Sexualmordes Verurteilte; auch wer schon zuvor Freiheitsstrafen verbüßt hatte, wurde seltener entlassen.

Die Studie zeigte zudem den großen Einfluss der Staatsanwaltschaften, deren Standpunkten Gerichte oft folgten. Psychiatrische und psychologische Sachverständige würden hingegen nur unregelmäßig beigezogen. Wenn doch, hätten sie großen Einfluss auf die Entscheidung. Anwaltlich vertreten wurden Gefangene in Entlassungsverfahren nur in zehn Prozent der Fälle – das erhöhte die Wahrscheinlichkeit einer Entlassung aber nicht. (gral)

## Zu viele gute Forschende, um alle zu fördern

**Forschungsförderung.** Der Wissenschaftsfonds FWF finanziert mehr Menschen denn je in Österreich. Aber nur 21 Prozent der Anträge konnten genehmigt werden. Im Herbst startet die Suche nach exzellenten Leuten für Professuren.

VON VERONIKA SCHMIDT

4842 Menschen können in Österreich forschen, weil sie vom Wissenschaftsfonds FWF finanziert sind. So viele wie noch nie. 48 Prozent davon sind Frauen. „Die Genderbilanz ist recht gut, aber unser Systemziel ist, gendergerecht zu fördern“, sagte Präsident Christof Gattringer bei der Jahresbilanz des FWF in der historischen Postsparkasse am Wiener Ring.

Der neue Höchststand beim Forschungspersonal, das vom FWF sein Gehalt bezieht, spiegelt sich auch in der bisher höchsten Summe wider, die 2022 bewilligt wurde: 273 Millionen Euro flossen in 743 Forschungsprojekte.

### Vor allem Junge profitieren

Die Mehrzahl dieser Projekte sind mit 400.000 bis 500.000 Euro Finanzierung „klein“. Sie ermöglichen Post-Docs oder Doktorandinnen, ihrer Forschungsfrage nachzugehen, ohne sich Sorgen um einen Nebenjob machen zu müssen. 70 Prozent dieser Leute sind

35 Jahre oder jünger, betonte Gattringer bei der Präsentation. Wissenschaftsminister Martin Polaschek bestätigte dort vor Journalistinnen und Journalisten, dass der Wissenschaftsfonds in den Jahren 2024 bis 2026 mit mehr Geld rechnen kann. Bei der Anpassung an die rasende Inflation hinkt der Plan zwar nach, aber etwa 20 Millionen Euro als Teuerungsausgleich sind im Budget vorgesehen.

Auffallend war wieder der steile Anstieg an Anträgen, die an den FWF gestellt wurden (siehe Grafik). Insgesamt 1,314 Milliarden Euro steckten in den Ansuchen, ein Plus von sechs Prozent im Vergleich mit 2021. Die Bewilligungssumme stieg im gleichen Zeitraum ebenfalls um sechs Prozent von 256 auf 273 Millionen Euro. Nur 21 Prozent der Einreichungen wurden genehmigt. Die meisten Absa-

gen erhalten Forschende, weil die internationalen Gutachter keine enthusiastisch positive Bewertung des eingereichten Antrags abgeben. Doch auch 2022 mussten Projekte mit dem Fördervolumen von 82 Millionen Euro abgelehnt werden, obwohl die Gutachten diese als exzellent einstufen. Das Geld reicht nie aus, um alle hochqualitativen Anträge zu finanzieren.

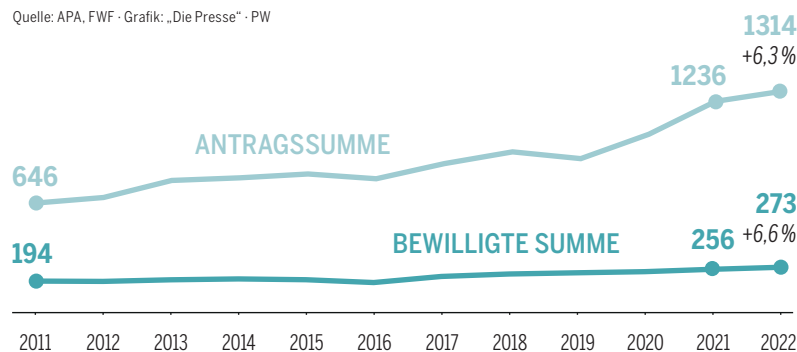
### Die Besten sollen herkommen

Umso erfreulicher ist die Investition in das Exzellenzprogramm des FWF (Excellent=Austria). Nach den Clusters of Excellence, deren heuer fünf im März präsentiert wurden, und nach den Emerging Fields, die völlig neue Bereiche der Forschung erschließen sollen, startet nun die dritte Säule des Programms. FWF Distinguished Professor lautet der Titel, unter dem sich herausragende Forschende ab Ende 2023 bewerben können. Die circa sechs Millionen Förderung pro Professur sollen die Besten der Besten nach Österreich locken oder zurückholen.

## Förderung für Grundlagenforschung

BILANZ WISSENSCHAFTSFONDS FWF in Mio. Euro

Quelle: APA, FWF - Grafik: „Die Presse“ - PW



## Neue Leitung für FFG

Karin Tausz bildet mit Henrietta Egerth die Spitze.

Die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) bekommt ab 1. September eine neue Geschäftsführung. Die anwendungsorientierte Förderagentur leiten dann Karin Tausz und Henrietta Egerth gemeinsam.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin und ehemalige grüne Bezirksrätin Tausz (54) wurde vom Klimaministerium bestellt. Sie verantwortet derzeit den Bereich Unternehmensentwicklung in der ÖBB-Infrastruktur AG und ist zudem Aufsichtsratsvorsitzende der Austro Control. Tausz löst Klaus Pseiner ab, der in Pension geht.

Egerth (52) wurde vom Wirtschaftsministerium wiederbestellt, wo sie einst als Fachreferentin für die Bereiche Forschung und Technologie zuständig war. Ab 2004 stand sie – gemeinsam mit Pseiner – an der Spitze der damals neu gegründeten FFG. Die Verträge für die neue Doppelspitze laufen fünf Jahre. (APA)